Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 2 Mk. Monatlich Abtragsgebühr. Einzelnummern 15 Pfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: Die 5gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen.

Nr 11. — 86. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" **Wilsdruff-Dresden** Postscheck: Dresden 2640 **Freitag, den 14. Januar 1927**

Amerikas Petroleumstreit.

Von einem Kenner der amerikanischen Verhältnisse wird zu der drohenden Kriegsgefahr geschrieben:

Daß es in Mittelamerika, und zwar diesmal in Nikaragua wieder einmal eine Revolution gegeben hat, darüber regt sich in der ganzen Welt kein Mensch auf. Denn Revolutionen in Mittel- und Südamerika entbehren infolge ihrer Häufigkeit jeden Reizes der Originalität. Etwas auffallender war allerdings schon, daß die Vereinigten Staaten Truppen landen ließen, um den von ihnen anerkannten konservativen Präsidenten Diaz gegen seinen liberalen Gegner Sacasa zu unterstützen, der den Anspruch erhebt, legitimer Präsident zu sein. Die berühmte „Monroe"doktrin Nordamerikas wird dort jetzt nämlich dahin aufgefaßt, daß sich europäische Mächte nicht in amerikanische Streitigkeiten zu mischen haben, daß aber darüber hinaus die Vereinigten Staaten für sich das Recht in Anspruch nehmen, darüber zu wachen und gegebenenfalls einzugreifen, damit staatliche Umwälzungen nur mit ihrem Einverständnis erfolgen. Namentlich natürlich in Mittelamerika, wo die unbedingte Beherrschung des Panamakanals erweitert worden ist zu einer Kontrolle über die Verhältnisse der Nachbarstaaten. Gerade in Nikaragua ist die Einmischung Nordamerikas so oft erfolgt, daß das neueste Geschehnis dieser Art nichts Auffallendes an sich hat, besonders, da der Präsident Diaz sich schon seit 12 Jahren amerikanischer Gunst erfreut.

Verwickelter wurde die Sache erst dadurch, daß Mexiko, also vor allem der liberale Präsident Calles, angeblich den Gegner des Präsidenten Diaz in seinem Kampf durch Waffenlieferung unterstützte, so daß der amerikanische Admiral Latimer, der in Nikaragua gelandet war, heftig protestierte und die Vereinigten Staaten immer schroffere Töne gegen Mexiko anschlugen, das den Dr. Sacasa als Präsidenten anerkannt hatte. Aber das ist alles nicht das Entscheidende bei der Zuspitzung des Verhältnisses zwischen Nordamerika und Mexiko, die schon dazu geführt hat, daß nach den neuesten Meldungen aus Washington an der mexikanischen Grenze 15 000 Mann unterhalten werden, die marschbereit sind. Man rechnet in Mexiko mit einem sehr baldigen Abbruch der Beziehungen.

In der Hauptsache dreht es sich um den Kampf zwischen den amerikanischen Besitzern der mexikanischen Ölfelder und der Regierung Mexikos, deren Landgesetzgebung angeblich frühere Rechte jener Amerikaner verletze. Gerade dieses Ölvorkommen in Nordmexiko, die Bedrohung der zum größten Teil amerikanischen Besitzer bei einer der auch nicht gerade seltenen Revolutionen hat ja schon mehrfach zum militärischen Eingreifen der Vereinigten Staaten geführt, die sich durchaus nicht dagegen sträuben würden, wenn ihnen ein Zufall oder kriegerischer Zugriff diese Ölfelder in die Hände liefern würden. Man hat es auch ein paarmal versucht; aber bisher mißlang es. Nun ist Calles, Mexikos Präsident, politisch linksradikal eingestellt, ist deswegen in heftigsten Konflikt mit der katholischen Kirche geraten, der nicht mehr einen „Kulturkampf" darstellt, sondern schon zu einem mit zahlreichen Todesopfern verknüpften Bürgerkrieg geworden ist. Maßgebend dabei sind die Arbeitergewerkschaften, auf die sich Calles vor allem stützt — und das hat dem nordamerikanischen Staatssekretär des Auswärtigen nun den Ausgangspunkt für die Ausführungen abgegeben, die er über den ganzen Konflikt soeben im Senat gemacht hat und die dahin gipfelten, daß Mittelamerika, vor allem Mexiko, angeblich die Basis für sozialistisch-kommunistische Angriffe auf Nordamerika abgebe. Er zitierte die Resolution der Gewerkschaftsinternationale aus dem Jahre 1924, wo die Grundzüge des Kampfes gegen den „amerikanischen Imperialismus" niedergelegt sind. Und für diese Ansichten der Kommunisten bezüglich Mittelamerikas sei vor allem Calles, der Präsident von Mexiko, verantwortlich. Calles stattete bekanntlich vor einigen Jahren bei seiner Rundreise durch Europa auch der deutschen Regierung in Berlin einen Besuch ab. Bei der Einstellung der Nordamerikaner gegen Calles ist es also kein Wunder, daß die angekündigte Kriegserklärung Nordamerikas gegen Mexiko durchaus nicht ausgeschlossen erscheint, besonders, da sich Washington weigert, die Entscheidung über die vorliegenden Streitfragen etwa dem Haager Schiedsgerichtshof zu unterbreiten. Diese Ablehnung der Vereinigten Staaten hat nicht weiter überrascht, zumal man weiß, wie stark dort Erklärungen mit irgendwelchen politischen Verbrämungen wirken.

•

Aufruhr in Mexiko.

Nach einer Reutermeldung aus Mexiko treffen in immer zunehmendem Umfange Berichte über Aufstände, Schießereien und Hinrichtungen in verschiedenen Teilen des Landes in der Hauptstadt ein. Präsident Calles erließ eine Erklärung, in der er dem katholischen Episkopat die Verantwortung für die Erhebungen aufbürdet. Die Bundesregierung sei davon überzeugt, daß die Aufständischen auf Grund genauer Anweisungen seitens des Episkopats handelten. Auf die Propaganda der Priester seien die Aufstände in sechs verschiedenen Staaten zurückzuführen, bei denen 24 Soldaten der Bundestruppen und 75 katholische Aufständische den Tod gefunden hätten.

Die neuen sächsischen Minister

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Dresden, 14. Januar. Die Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei teilt mit: Der Herr Ministerpräsident hat den bisherigen Finanzminister Dr. Dehne zum Minister des Innern und Stellvertreter des Ministerpräsidenten, den Landtagsabgeordneten Weber zum Finanzminister und den Landtagsabgeordneten Dr. Wilhelm zum Wirtschaftsminister ernannt, sowie die Minister Dr. Bünger, Elsner und Dr. Kaiser in ihren Ministerämtern bestätigt.

Die Bedenken des Zentrums.

Weitere Verhandlungen mit Wirtschaftsvertretern.

Dr. Curtius hat seine Aussprache über die Möglichkeiten einer durch ihn vorzunehmenden Regierungsbildung fortgesetzt. Er empfing sowohl Vertreter des Reichslandbundes, die ihn über die Auffassungen der Landwirtschaft unterrichteten, als auch eine Abordnung aus Industrie und Handel, die ihm ihre Anschauungen zu den aktuellen Problemen der Wirtschafts- und Sozialpolitik darlegte. Die Zentrumsfraktion des Reichstages, deren Sitzung in parlamentarischen Kreisen mit großer Spannung erwartet wurde, faßte nach etwa dreistündiger Dauer einstimmig folgenden Beschluß:

„Die Zentrumsfraktion des Reichstages teilt die schweren außen- und innenpolitischen Bedenken ihres Fraktionsvorstandes hinsichtlich des von Dr. Curtius zu bildenden Kabinetts.

Der Fraktionsvorstand wird beauftragt, diese Bedenken Herrn Dr. Curtius und dem Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei, Dr. Stresemann, erneut vorzulegen."

Zur Erläuterung dieser Stellungnahme fand noch eine mündliche Aussprache zwischen Führern der Zentrumsfraktion sowie Dr. Curtius und Dr. Stresemann statt.

Nach Bekanntwerden des Beschlusses der Zentrumsfraktion meldeten sich sofort wieder die Sozialdemokraten, deren „Sozialdemokratischer Pressedienst" betont, daß die Sozialdemokratie jederzeit zu Verhandlungen bereit sei. Sie sei entschlossen, die Mitverantwortung für die künftige Regierungspolitik zu tragen.

•

Die Besprechung Curtius-Stresemann-Zentrumsführer

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Berlin, 13. Januar. Heute nachmittag 5 Uhr wurden die Führer der Zentrumspartei, die Abgeordneten von Guerard und Stegerwald, im Reichswirtschaftsministerium von Dr. Curtius und dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann empfangen. Die Zentrumsführer erörterten in längerer Aussprache die innen- und außenpolitischen Bedenken, die in dem gestrigen Beschluß der Zentrumsfraktion gegen die von Dr. Curtius gemachten Vorschläge angedeutet worden waren. Sie kehrten nach zweidreiviertelstündigen Beratungen wieder nach dem Reichstag zurück und berichteten ihrer Fraktion kurz über die Unterredung. Die Fraktionssitzung wurde aber sogleich abgebrochen, ohne daß in eine Beratung eingetreten wurde. Die Zentrumsfraktion will sich vielmehr erst am Freitag nachmittag 5 Uhr wieder versammeln.

Amtlich wird über die Besprechung im Reichswirtschaftsministerium folgendes Kommunique veröffentlicht: Heute nachmittag fand die angekündigte Besprechung zwischen den Beauftragten der Zentrumsfraktion, des Reichstages, den Abgeordneten von Guerard und Stegerwald und Dr. Curtius und dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann im Reichswirtschaftsministerium statt. Die Vertreter der Zentrumsfraktion trugen die schweren innen- und außenpolitischen Bedenken vor, die die Zentrumsfraktion gegen die Bildung der von Dr. Curtius in Aussicht genommenen Regierung habe. Daran schloß sich eine eingehende Aussprache an. Herr Dr. Curtius hat in Aussicht genommen, am morgigen Vormittag über die Ergebnisse dieser Besprechung mit den Vertretern der Deutschnationalen Volkspartei zu verhandeln. Die Vertreter der Zentrumsfraktion nahmen in Aussicht, am morgigen Nachmittag eine endgültige Stellungnahme der Zentrumsfraktion herbeizuführen.

Die heutigen Verhandlungen

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Berlin, 14. Januar. In parlamentarischen Kreisen betrachtet man die Tatsache, daß das Kommunique über die heutigen Besprechungen bereits weitere Verhandlungen Dr. Curtius mit den Deutschnationalen ankündigt, als kennzeichnend dafür, daß die Bemühungen des Reichswirtschaftsministers im Verein mit Dr. Stresemann, die Bedenken des Zentrums zu zerstreuen, nicht ganz erfolglos geblieben sind.

Praktisch werden sich die heutigen Verhandlungen nach der Auffassung der genannten Kreise dahin auswirken, daß den Deutschnationalen von Dr. Curtius nochmals die jetzige vorläufige Stellungnahme des Zentrums zu der zukünftigen Regierungsbildung überbracht werden wird. Da die Richtung der Außenpolitik ja für jede Regierung in der nächsten Zeit vorgezeichnet ist, so würden in den weiteren Besprechungen weniger außenpolitische oder verfassungsrechtliche Fragen eine wesentliche Rolle spielen können. Man ist vielmehr in parlamentarischen Kreisen der Ansicht, daß es sich um Fragen innen- und sozialpolitischer Art handele, über die sich Dr. Curtius gestern im wesentlichen durch seine Besprechungen mit den Arbeitnehmern und Arbeitgebern die notwendigen Unterlagen zu verschaffen versucht hat. Für die Stimmung in den dem Zentrum nahestehenden Kreisen wird im übrigen als bemerkenswert eine Ausführung der Korrespondenz der Bayrischen Volkspartei angesehen, in der es heißt: „Die Stellung der Zentrumspartei in dem ganzen Spiele ist sehr bedeutsam. So unabhängig ist die Partei nicht, daß sie auf die Deutsche Volkspartei keine Rücksicht zu nehmen brauchte. Auch von der Bayrischen Volkspartei wird das Zentrum wissen, daß sie volles Verständnis für den Gedanken einer Politik der mittleren Linie hat, daß sie aber das Zentrum unter keinen Umständen auf Wege begleiten wird, die nicht mehr als Zentrumswege angesehen werden können."

Vor der Entscheidung in Mittelamerika.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Neuyork, 13. Januar. In Washingtoner Kreisen ist man der fast einmütigen Auffassung, daß in allernächster Zeit bereits die Entscheidung in der mittelamerikanischen Verwicklung fällt, woraus sich die ernstesten Folgen ergeben könnten.

Scharfe Rede Borahs im Senat.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Neuyork, 13. Januar. Die mit großer Spannung erwartete Rede des Senators Borah stellte einen glatten Bruch mit der Regierungspolitik dar. Borah bezeichnete das Vorgehen der Vereinigten Staaten in Nicaragua als einen Bruch der Monro-Doktrin. Die Regierung habe die Kriegsschiffe nach Nicaragua zur Sicherung der Anleihe, nicht aber zum Schutze des Lebens der dortigen Amerikaner geschickt. Borah gab seiner Freude Ausdruck, daß er die Diskussion über eine so wichtige Frage, wie sie die Mittelamerika-Politik darstelle, in aller Oeffentlichkeit führen könne.

Von Genf bis Thoiry.

Briand und die deutsch-französische Verständigung.

Der Abbau der Militärkontrolle in Deutschland und die Erwägungen über eine etwaige frühere Räumung des besetzten Gebietes veranlassen die französischen Nationalisten zu immer neuen Vorstößen gegen Briand. So hat der rechtsstehende Abgeordnete Desjardin an den französischen Außenminister eine schriftliche Anfrage gerichtet, ob Briand in Genf Verpflichtungen hinsichtlich einer früheren Räumung der besetzten Rheinlande eingegangen sei. Der Minister antwortete es sei nicht nur keine Verpflichtung eingegangen worden, vielmehr sei die Frage während der Verhandlungen in Genf nicht einmal gestellt worden.

Auf eine zweite Anfrage des Abgeordneten über die Aufhebung der Militärkontrolle und die Stellungnahme der Botschafterkonferenz, der Interalliierten Kontrollkommission, des französischen Obersten Kriegsrates und des Interalliierten Militärkomitees in Versailles zu dieser Frage antwortete Briand, eine nahe bevorstehende parlamentarische Debatte werde dem Minister des Äußern Gelegenheit geben, alle wünschenswerten Auskünfte zu erteilen. Auf eine dritte Anfrage über die Veröffentlichung des mit den verschiedenen Regierungen und der Botschafterkonferenz während der letzten Völkerbundtagung gepflogenen Meinungsaustausches, der sich auf die Aufhebung der Militärkontrolle in Deutschland bezog, antwortete Briand, ein Gelbbuch hierüber zu veröffentlichen, komme nicht in Frage, da ja die Verhandlungen über die Entwaffnung Deutschlands noch nicht beendet seien.

Diese Antwort Briands veranlaßt einen Mitarbeiter des „Petit Parisien" zu einer phantastischen Erzählung über

die Unterredung von Thoiry.

Auch dort, schreibt er, sei nur obenhin von der vorzeitigen Rheinlandräumung gesprochen worden. Stresemann habe dem Sinne nach gesagt: „Ein großes Hindernis für die deutsch-französische Annäherung bilde die Rheinlandbesetzung." Briand habe hierauf geantwortet: „Es hängt von Deutschland ab, sie zu beenden. Nach 1870 hatten